Lesen und dann weitergeben !

Cottbuser - blatt

Zeitung für Demokratie und Alltagssorgen

Nr. 67 | Mai 1997 | Bitte 1 DM

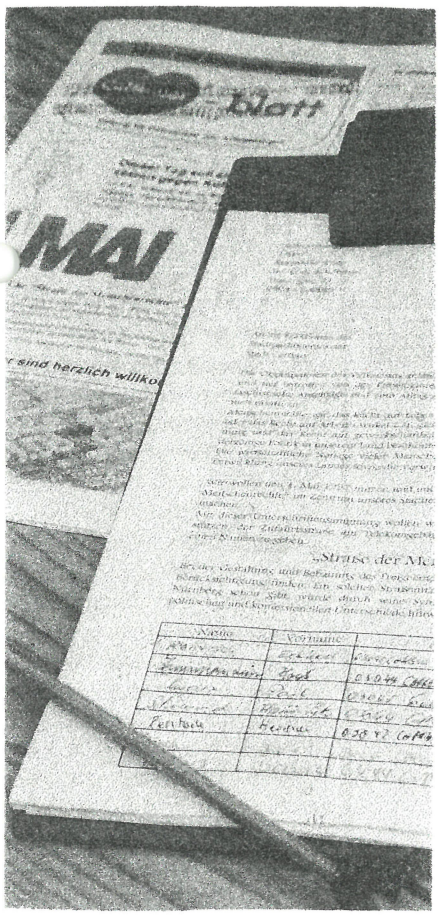
In dieser Ausgabe

Seiten 3 - 5

zum Thema

"Bezahlbar wohnen"

Der 1. Mai in Cottbus. Zum Volksfest hatte die PDS-Stadtorganisation nach Neu-Schmellwitz eingeladen. Eine bunte Reihe von Info-Ständen der PDS und verschiedener Vereine, Verbände und Einrichtungen wie z.B. des Mieterbundes forderte die Bürger auf, sich gegen die Beschneidung sozialer Rechte durch die Regierung zur Wehr zu setzen. In Cottbus dabei auch die PDS-Bundestagsabgeordnete Petra Bläß, die mit ihren Marionetten die Bonner Politprominenz karikierte. (Siehe auch Seite 2) Foto: Hermes



Für eine "Straße der Menschenrechte"

. . . sammelten PDS-Mitglieder beim "1. Mai-Fest" und zuvor schon an den Info-Ständen im April Unterschriften. Die Fraktionen des Stadtparlaments wurden um ihre Unterstützung gebeten, im Zuge weiteren Wohnungsbaues einer Straße in Neu-Schmellwitz diesen Namen zu geben. (Foto links)

Rentnerbetrug

Ein dreister Betrug an heutigen und künftigen Rentnern ist die von der CDU/FDP-Koalition geplante Rentenreform, mit der Renten künftig auf 64 % des Nettoeinkommens sinken sollen. Schon heute betrage das Rentenniveau nur 60 %, erklärte DAG-Vorstandsmitglied Lutz Freitag. Den fiktiven Durchschnittsrentner mit 2080 DM Rente gebe es kaum noch. Mit der Reform würden die Renten auf 50 % reduziert und damit nur noch 10 Prozentpunkte über der Sozialhilfe liegen.

Der 8. Mai

Befreit oder besiegt?

Immer weiter entfernt sich das Jahr 1945 in die Vergangenheit. Nur noch wenige Menschen sind Zeitzeugen dieses 8. Mai, den wir den Tag der Befreiung nennen. Es war der letzte Tag eines über 2000 Tage währenden Freiheitskampfes der Völker Europas und eines großen Teiles der Welt. Trotz heldenhaften Widerstandes von Antifaschisten - Zehntausende von ihnen wurden zwischen 1933 und 1945 ermordet, Hunderttausende im KZ, in Zuchthäusern und Gefängnissen ihrer Menschenrechte beraubt - konnte sich Deutschland nicht von innen heraus befreien. Der deutsche Faschismus, der deutsche Militärapparat wurde durch die Alliierten unter großen Opfern besiegt und zerschlagen. Den Verantwortlichen für den Krieg und den Mitläufern fiel es schwer, der Befreiung zuzustimmen, sie fühlten sich als Besiegte oder sprachen von einem verlorenen Krieg.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Hunderte Besucher freuten sich über die "Flash-Mädels" und die schwungvolle Musik der Dixiland Stompers. Fotos: Hermes

Auch so war der

1. Mai

Buntes Maitreiben auf der Festwiese in Neu-Schmellwitz. Eingeladen hatte die PDS. Besonderer Anziehungspunkt war ein Politmarkt mit zahlreichen Info- und Verkaufsständen, aber auch an der Bühne und beim Kinderfest kam jeder auf seine Kosten. Der PDS-Stadtvorstand dankt allen Helfern und Beteiligten.

Zuvor waren einige der Besucher bei der Maikundgebung gewesen. Dem Aufruf des DGB und des Runden Tisches für Arbeit und Gerechtigkeit waren etwa 400 Cottbuser gefolgt. Alle Redner - vom DGB über die Evangelische Kirche bis zu Frauen und Behinderten - erhoben ihren Protest gegen weiteren Sozialabbau und forderten eine Kehrtwende in der Arbeitsmarktpolitik. In einer anschließenden Gesprächsrunde traf Petra Bläß (PDS) den Nagel auf den Kopf und bekam starken Beifall, während CDU-Barde Wonnenberger ausgebuht wurde.

Auf der Kundgebung des DGB und des Runden Tisches: Kohl muß weg!

Wer auf der Festwiese den leckeren selbstgebackenen Kuchen kaufte, unterstützte damit die Weltfestspiele in Cuba.

Gesprächsviertelstündchen am Rande des Festes.
PDS-Stadtverordnete trafen sich mit Gästen aus Jicin, hier Josef Havel, Stenek Horak und Karel Soltys.

An alle Kinder

Ferienlager in Jicin

Auch in diesem Jahr wollen wir gemeinsam einen Teil der Ferienzeit verbringen. Wir als Betreuer freuen uns schon ganz doll darauf und haben eine Menge Ideen, die wir hoffentlich mit Euch verwirklichen können. In diesem Jahr wollen wir wieder nach Jicin (Ostruzno) fahren, einige kennen das Lager ja schon. Als großes Thema für den Aufenthalt gilt:

"Ferien wie im Mittelalter"

Spiele, Basteleien, teilweise sogar Bauerei und das Ritterfest passen natürlich zum Thema. Und Ritter und Burgfräuleins sind selbstverständlich auch baden gegangen und haben Sport getrieben. Nur 3 Tagesfahrten im Bus haben sie nicht unternommen; wir schon! Für Musik und Tanz wird selbstverständlich gesorgt, damit es nicht langweilig wird auf der Burg. 50 Plätze stehen zur Verfügung, für 320 DM könnt ihr in der Zeit vom 13. bis 23. Juli 1997 dabei sein.

Bis bald

Uta, Manuela, Cyntia, Frank, Frank und Roland

Anfragen bitte ans
Teehaus Schöpe,
Straße der Jugend 29,
Tel. 42 31 30

Der 8. Mai

(Fortsetzung von Seite 1)

Unter ihnen finden wir auch jene, die sich heute gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht aussprechen, jene, die den Nährboden für die neofaschistischen Gruppen bilden. Um so wichtiger ist es, die Verbrechen des Faschismus den Jüngeren ins Gedächtnis zu rufen.

Für uns ist der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung. Besiegt wurden die Urheber und Verantwortlichen des vom Faschismus vom Zaun gebrochenen Krieges. Wir werden auch künftig dafür sorgen, daß er Mahnung, Erinnerung und Verpflichtung bleibt.

Bernhard Schröder

Bezahlbar wohnen - ein Menschenrecht!

Mietspiegel bremst Kostenexplosion

Mit dem Auslaufen der Gültigkeit des Mietenüberleitungsgesetzes für die neuen Bundesländer zum Jahresende ist auch hier der Wohnungsbestand den Bedingungen der Marktwirtschaft unterworfen. Waren bis dahin die ehemalige DDR-Miete mit den überwiegend für alle Wohnungen gleichen Mieterhöhungen die Grundlage für den Mietzins, so ist dann, entsprechend der Marktlage, die Miete bzw. die Mieterhöhung im Rahmen der §§ 1 - 10a des Miethöhegesetzes zu zahlen. Dieses Gesetz besagt, daß die Miete innerhalb von 3 Jahren nur um höchstens 30 % gesteigert werden darf. Diese Rechnung allein wäre schon Horror für die Mieter!

Um die Ausuferung in Grenzen zu halten, sind in der BRD für größere Städte Mietspiegel erarbeitet worden. Ihre Grundlagen sind die Miethöhen für vergleichbare Wohnungen (nach Größe und Ausstattung) in ähnlichen Wohnlagen.

Für die Erarbeitung der Mietspiegel sind hier überwiegend die Wohnungen, die derzeitig noch der Mietpreisbegrenzung unterliegen, die Basis. Mieterfreundlich wirken dabei die Mieten von Genossenschaften und anderen Institutionen, die den Mietrahmen bisher nicht voll ausgeschöpft haben. Das wirkt sich auf den Durchschnittspreis dämpfend aus. Wenn für die Erarbeitung der Mietspiegel auch die Kommunen verantwortlich sind, so hat auch der Mieterbund Cottbus seine Mitglieder und weitere Bürger gebeten, durch ihre Zuarbeit (Fragebogen ausfüllen) die reale Mietpreissituation in der Stadt Cottbus zu erfassen. Folglich ist ein Mietspiegel ein Instrument im Interesse der Mieter, um eine unkontrollierte Kostenexplosion zu vermeiden.

So ganz nebenbei ist aber noch zu erwähnen, daß bei einer ordentlichen Arbeit mit diesem Papier auch der Vermieter manchem Übel aus dem Wege gehen kann. Denn die Miethöhe durch einen Sachverständigen ermitteln zu lassen, kann recht teuer sein. Vermieter, die eine zu hohe Miete verlangen, verhalten sich u.U. ordnungswidrig und können nach § 5 Wirtschaftsstrafgesetz mit einer Geldbuße bis 100.000 DM belegt werden.

In diesem Sinne ist der Mietspiegel als Hilfe für beide Vertragsparteien gedacht.

AG Wohnen

In der bunten Reihe der Info-Stände beim 1. Mai-Fest der PDS in Neu-Schmellwitz dabei: der Mieterbund. Im Mittelpunkt der Gespräche: Mieten müssen bezahlbar bleiben!

Foto: Hermes

BO 18 zur Wohnungsfrage

Genossenschaft - nicht aufgeben, weiterkämpfen!

Eine Art Premiere war sie schon, diese Versammlung der BO 18 in Sandow am 14. April. Nicht zum ersten Mal haben wir uns mit der Wohnungsfrage beschäftigt, nicht zum ersten Mal Stellung genommen gegen Altschulden-"hilfe"gesetz und Zwangsprivatisierung. Wohl aber erstmalig so konkret zum derzeit einzigen Weg zu sicherem und bezahlbarem Wohnen - der Bildung und Teilnahme an einer Wohnungsgenossenschaft. Und eine Premiere war auch die gemeinsame Diskussion mit dem Vorstandsvorsitzenden der Sandower Genossenschaft Wolfgang Müller, der Mitglied der SPD ist.

Am Ende der Versammlung stellte eine Genossin die völlig berechtigte Frage: Warum nicht schon früher und in Zukunft nicht öfter? Einig waren sich alle, auch die nicht direkt Betroffenen, darin, nicht aufzugeben und mit vielfältigen Methoden weiterzukämpfen. Einig war man sich im Dank an Wolfgang Müller, den ganzen Vorstand für engagiertes Wirken und auch für die Unterstützung durch den Bundestagsabgeordneten Herrn Laabsch. Einig war man sich in der Ablehnung der bisherigen Haltung von OB und GWC-Spitze gegenüber den Genossenschaften in Sandow und Ströbitz. Es fielen auch Worte wie "Enttäuschung" und "Empörung".

Denn die Versuche, kostengünstiges Wohnen in Genossenschaften zu verhindern, sind nur die Cottbuser Variante des Bonner Kataloges sozialen Kahlschlags und sozialer Grausamkeiten. Und so war man sich auch darin einig, daß die schwarze Vorherrschaft in der BRD beendet werden muß, waren doch im Vorfeld der Versammlung weitere Horrormeldungen zu vernehmen: höchstrichterliche Absegnung der sogenannten LPG-Altschulden, Schaffung von Sozialdedektiven, Kürzungen der Sozialhilfe. Senkung des Rentenniveaus, höhere Mehrwertsteuern, weitere Streichungen im Gesundheitswesen - eine fast unendliche Liste schwarz/schwarz-gelber Untaten. Keiner der Versammelten sprach von der Erfurter Erklärung, aber ihr guter Geist war wach. Und schließlich beschlossen wir, uns am 16. April am Thälmann-Gedenkstein vor der 7. Schule zu treffen, was inzwischen geschehen ist. Vielleicht zum letzten Mal. Kam doch aus Potsdam die Kunde, die Landesregierung will solche Stätten der Erinnerung schleifen. Hat Großinquisitor Gauck etwa neue Akten ausgegraben?

Hans-Joachim Lapuhs

Geschröpft: die Verbraucher

Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, freie "Haushaltsausgabereste" (herrliches Wort!) in Höhe von rund 1,4 Mio DM für den Straßenbau einzusetzen. Soweit, so gut. Bedenklich wird es, wenn der Bürger erfährt: Diese Mittel hat die Lausitzer Wassergesellschaft erwirtschaftet, ein kommunaler Betrieb, der eigentlich nach dem Prinzip der Kostendeckung geführt werden sollte. Und mehrfach tönte es bisher, die Gebühren decken nicht die Kosten, also wurden sie erhöht, zu Lasten der Verbraucher. Die GWC berechnete prompt je Einheit Kaltwasser:

10,894 DM per 20.09.95
11,961 DM per 17.09.96

Das ist immerhin eine Steigerung auf 109,8 Prozent!

Mal sehn, welche höheren Betriebskosten demnächst weitergegeben werden. Damit "Haushaltsausgabereste" bleiben!

G.Ma.

Bezahlbar wohnen - ein Menschenrecht!

Wie die Stadt Genossenschaften abwürgt

Die Bürger sind die Dummen - Trauerspiel in mehreren Akten

Ausgehend von der Tatsache, daß in der gegenwärtigen Gesellschaft die Wohnung zur Ware geworden ist, ehemalige VE-Wohnungen privatisiert werden müssen (Altschuldenhilfegesetz) und die Mieten rapide steigen und weiter steigen werden, entschlossen sich im Stadtteil Cottbus-Ströbitz und Sandow Mieter, eine Bewohnergenossenschaft als Alternative zu dieser Entwicklung zu gründen und damit den Mietern einen bezahlbaren Mietpreis zu sichern. Nach entsprechenden Vorbereitungen, z.B. Erarbeitung einer Satzung, eines Wirtschaftskonzeptes u.a. Grundlagen, erfolgte am 29. Oktober 1996 die Gründung der Bewohnergenossenschaft Cottbus-Ströbitz.

Wer aber glaubte, nun sei der schwierigste Teil gelaufen, hat sich geirrt. Die größten Schwierigkeiten zeigten sich bei den Verhandlungen mit der Gebäudewirtschaft Cottbus (GWC), ein 100%iger Betrieb der Stadt Cottbus. Zunächst verzögerten die verantwortlichen Geschäftsführer der GWC immer wieder die Gesprächstermine, und auch das Verkaufsangebot ließ bis kurz vor Weihnachten auf sich warten, so daß die Genossenschaft erst am 18.12.1996 die Fördermittel beim Bauministerium des Landes beantragen konnte.

Aber das weit größere Problem ist die Preisforderung der GWC. Diese fordert 540 DM je m² Wohnfläche unsaniert. Für die reichlich vorhandenen Grünflächen im Wohngebiet wird ein Preis gefordert von 95 DM, wie er für Bauland verlangt wird. Hinzu kommt, daß die GWC auch für 90 Wohnungen, die sie aus dem Bestand der Bundesvermögensverwaltung für 150 DM je m² übernommen hat, ebenfalls 540 DM fordert.

Inzwischen hat die GWC begonnen, die für die Genossenschaft vorgesehenen Blöcke zu sanieren. Dadurch wäre die Genossenschaft bei Erwerb der Wohnungen gezwungen, den zur Sanierung aufgenommenen Kredit mit zu übernehmen. Die Höhe des Kaufpreises steigt damit um weitere 500 DM auf 1040 DM je m².

Am 17.01.1997 wurde der GWC der Standpunkt der Genossenschaft zur Preisbildung übergeben, eine konkrete Antwort steht bis heute aus. Die GWC versteckt sich dahinter, man müsse alle Bewerber gleich behandeln und dürfe das "Gleichheitsprinzip" nicht verletzen. Den Hintergrund für solche Taktik der GWC sieht die Genossenschaft in der Tatsache, daß die Berliner "Aubis-Gruppe" mit der GWC im Dezember einen Vertrag über den Erwerb von 3023 Wohnungen abgeschlossen hat. Diese Gruppe hat den o.g. Preis von 540 DM im Vertrag vereinbart. Hier liegt die Ursache für das sogenannte "Gleichheitsprinzip", nur "vergißt" die "GWC" dabei, daß die Bewohnergenossenschaft nicht die Möglichkeit der Sonderabschreibung wie die Aubis-Gruppe hat.

Alle bisher geführten Verhandlungen zum Preis führten zu keinem Erfolg. Alle Verantwortlichen der Stadt, wie Oberbürgermeister, Geschäftsführer GWC (alle CDU) verstecken sich hinter o.g. "Gleichheitsprinzip". Selbst Abgeordnete der SPD in der Stadtverordnetenversammlung argumentieren in der gleichen Richtung, obwohl die Genossenschaftsgründung vom Bundestagsabgeordneten der SPD, W. Laabsch, initiiert wurde. Man geht sogar soweit und argumentiert: "Wir können doch den stadteigenen Betrieb nicht durch einen niedrigeren Preis für die "Genossenschaft" schädigen.

Bleibt es bei diesem von der GWC geforderten Preis (540 DM + Sanierungskredit 500 DM m²), müssen sich beide Bewohnergenossenschaften zum 30.06.97 wieder auflösen, weil unter diesen Bedingungen die Genossenschaften für mehr als 10 Jahre keine Wirtschaftlichkeit erreichen können, keine weiteren notwendigen Sanierungen durchführen können und die zu zahlenden Nutzungsgebühren für die Mitglieder über den ortsüblichen Mieten liegen würden.

Mit dieser Handlungsweise der GWC, des Oberbürgermeisters und der Stadtverwaltung so einiger Stadtverordneter erfolgt die Privatisierung nicht, wie früher von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, vorrangig an die Mieter und Bürger der Stadt, sondern an eine Interessengruppe, die nur eines im Sinn hat, an den Mietern zu verdienen und Gewinn zu machen.

K. Müller
AG Wohnen

GESAP: Modern, aber teuer

Die GESAP hatte in einem Informationsblatt den Mietern der Drebkauer Str. 46 - 66 mitgeteilt, daß auf die 5%ige Mieterhöhung zum 1.1.1997 verzichtet wurde, weil die Gebäude älter als 25 Jahre und nicht modernisiert sind. Im Zusammenhang mit der Klassifizierung des Mietbestandes für die Erstellung des Mietspiegels für die Stadt Cottbus wird von Mietgerechtigkeit gesprochen.

Im Gegensatz zu der letzten Aussage erhielten die Mieter der Drebkauer Str. 46 - 66 am 12.2.97 eine Modernisierungsankündigung über Teilmaßnahmen, bei denen die Kosten für den Austausch der Fenster und Balkontüren 100% als Modernisierung und Planungsleistungen 100% als Modernisierung vorgesehen seien. Dazu wird insgesamt eine Mieterhöhung von 1,89 DM pro m² angekündigt. Das ergibt z.B. für eine 3-Raumwohnung eine Mieterhöhung (Kaltmiete) auf 8,04 DM pro m². Danach würden später noch Kosten für die Fassaden, Dach, Sanitär usw. anfallen.

Auf Protestschreiben antwortete u.a. die GESAP: "Nach Abschluß der Sanierungsmaßnahmen erhalten Sie eine Modernisierungsabrechnung. Hier wird für den Fensterwechsel eine Splittung in Anteil für Modernisierung und Anteil für Instandsetzung vorgenommen. Zudem wurden für diesen Gebäudekomplex Kfw-Mittel beantragt. Nach Darlehensbestätigung kommt es zu einem weiteren Abzug." Die ABAKUS schreibt zu den Planungsleistungen: "Die Planungsleistungen sind in der "Honorarordnung für Architekten und Ingenieure" festgelegt und werden anteilig zu den Modernisierungsleistungen auf die Mieten umgelegt. Nach Fertigstellung der Modernisierungsmaßnahmen und Vorliegen der Schlußrechnung durch die Ausführungsfirma erhalten Sie eine gesonderte Erhöhungserklärung auf der Ba der tatsächlich aufgewendeten Kosten unter Beachtung des § 13 MHG."

Es bleibt nunmehr abzuwarten, inwieweit in den Abrechnungen ausreichende Begründungen für den Teil der Modernisierung, damit den Mieterhöhungen, übergeben werden. Ein Teilerfolg könnte bisher erreicht worden sein. Warum die unqualifizierten Ankündigungen übersandt worden waren, konnte nicht ergründet werden. Ob man in Vorbereitung der Erarbeitung des Mietspiegels, damit möglicherweise angestrebter Mieterhöhung ab 1998 noch einige vollendete Tatsachen schaffen will? Oder ob es um Forderungen der unbekannten Partner in diesem Zwischenerwerbermodel geht?

Bezahlbar wohnen - ein Menschenrecht!

Opposition beginnt mit Veränderung - aber wann?

Warum stellte sich die PDS-Fraktion nicht an die Seite der Mieterinitiative Wehrpromenade 1?

Schon des öfteren war auf diesen Seiten vom verständlichen Wunsch der PDS-Fraktion nach mehr Unterstützung ihrer Arbeit zu lesen. Daher ist es mehr als unverständlich, wenn derartige Ansätze, die zudem Grundinteressen eines beträchtlichen Teils der Cottbuser Einwohner berühren, durch die Fraktion einfach vergeben werden.

Im Februar erhielt die PDS-Fraktion - wie auch alle anderen - einen offenen Brief der Bewohner der Wehrpromenade 1 an den Oberbürgermeister, in dem es um die mieterfeindlichen und rechtlich mehr als fragwürdigen Praktiken der GWC-Oberen ging. (Herzblatt veröffentlichte den Protest der Mieterinitiative in der März-Ausgabe). Seitdem sind mehr als zwei Monate vergangen.

An Ergebnissen liegen vor: ein dümmlich-arroganter Antwortbrief, unterzeichnet von Herrn Kleinschmidt, und eine verdächtig schnell der "Lausitzer Rundschau" mitgeteilte Reduzierung der überhöhten Mietforderungen um immerhin mehr als eine Mark pro Quadratmeter durch den allseits geachteten Herrn Käks. Daß von anderen Fraktionen des Stadtparlaments keinerlei Reaktion kam, verwundert nicht; daß von der PDS-Fraktion keine Regung zu verspüren war, ist mehr als enttäuschend.

Wie kann man sich solche konkreten Ansätze zu öffentlichkeitswirksamen Auseinandersetzungen entgehen lassen, wenn man als Opposition überhaupt noch wahrgenommen werden will? Hierbei geht es doch nicht um irgendwelche vordergründige Krawallmache, sondern um Ansätze zu einer ehrlichen, demokratischen Wohnungspolitik und einer durchschaubaren Wohnungswirtschaft, die im Mieter zuerst den Menschen und nicht das Abzocker-Objekt sieht.

Es bleibt die Frage nach den Ursachen solch merkwürdiger Inaktivität, zumal es ja nicht die erste ausgelassene Möglichkeit auf diesem Gebiet ist. Paßte es nicht in die bisherigen Tagesordnungspunkte? Dann müßte der stadtparlamentarischen Opposition eine bemerkenswerte Anpassungsfähigkeit bescheinigt werden. Handelt es sich um Selbstgenügsamkeit innerhalb der Fraktion? Dann sollten künftig alle Aufforderungen zu außerparlamentarischer Unterstützung unterbleiben! Oder handelt es sich gar um absichtliches Unterlassen? Derartiges auszusprechen fällt gewiß nicht leicht. Leider deutet aber manches, was in letzter Zeit über das Verhältnis zwischen GWC-Vorstand und einigen PDS-Abgeordneten zu lesen war, genau dahin, daß die Forderung nach kritischer Distanz oder gar die nach einer unabhängigen Untersuchungskommission manchem überhaupt nicht ins Konzept paßt.

Wird hier nicht schnellstens eine öffentlich spürbare Veränderung innerhalb der Fraktion vollzogen, dürfte das Resultat der nächsten Kommunalwahlen leicht voraussehbar sein. Eine Opposition, die ihren Charakter verliert, macht sich selbst überflüssig! Daran ändert dann der Rückzug auf das eigene Gewissen als einzigem Maßstab für das Handeln eines Abgeordneten auch nichts mehr. Ein Gewissen an sich gibt es nicht. Es wird immer durch den Charakter dessen bestimmt, der es zu besitzen vorgibt. Bekanntlich gibt es in diesem Rechts-Staat Abgeordnete, die Arbeitslosen, Kranken und Rentnern das Geld aus der Tasche holen, sich selbst aber die Diäten erhöhen und dabei auch noch vorgeben, ein Gewissen zu besitzen. Offenbar hat sich noch nicht überall herumgesprochen, daß es in der Politik in erster Linie um Interessen geht. Und wenn Interessen und Gewissen in Konflikt geraten, blamiert sich allemal das Gewissen. Ganz besonders peinlich wird es allerdings dann, wenn ein Besitzer von gutem Gewissen - ohne es zu merken - die Interessen von Spekulanten vertritt. Dann bleiben einerseits diese, die öffentlich in die Hände klatschen für den Besitzer von gutem Gewissen, unter sich aber grinsend die Hände reiben über den Dummkopf mit gutem Gewissen - von daher auch der Begriff "Reibach" .. In solchen Fällen ist dann oft irgendein Verdienstkreuz für gutes Gewissen die unvermeidliche Folge.

Was sonst noch bleiben könnte, ist entweder ein blamierter Besitzer eines gutes Gewissens, der zwangsläufig in irgendeiner Versenkung verschwindet, weil er zwar zu vielem bereit, aber zu nichts zu gebrauchen ist, oder es bleibt ein guter Besitzer eines blamierten Gewissens, der seine Interessen kennt und weiß, wann es Zeit zum Kaufen und Verkaufen ist. Solch einer verkauft sein blamiertes Gewissen - und wird z.B. Dezernent.

KH. Küttner

Am Info-Stand in Neu-Schmellwitz im Gespräch: Nur Aktion hilft gegen Sozialabbau und Mietenexplosion.

Wie weiter in Neu-Schmellwitz?

Die PDS lädt zur

Einwohnerversammlung am 26. Mai, 19.00 Uhr

Thema:
Wohnungsverkauf der GWC an die Aubis-Gruppe

Weil Du blind bist...

Blindenverband Brandenburgs wehrt sich gegen drastische Kürzungen

Vorsitzende Rosemarie Schade und Geschäftsführer Joachim Haar vom Blinden- und Sehbehinderten-Verband Brandenburg (Sitz Cottbus) schrieben einen Brief an den Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Wolfgang Birthler. 4648 blinde Bürger in Brandenburg erhielten bis Ende 1996 ein monatliches Blindengeld von 800 DM, ab 01.01.97 nur noch von 650 DM. Das Kabinett hatte das im September 1996 beschlossen, im Dezember stimmte die Mehrheit im Landtag zu, obwohl kurz vorher Frau Hildebrandt anläßlich der Eröffnung einer Behindertenwerkstatt in Spremberg noch vollmundig erklärte, daß das Geld für die Blinden im Lande vorhanden sei.

"Nicht einmal die CDU-regierten Länder haben die blinden Bürger so vor den Kopf gestoßen, wie das in Brandenburg durch die SPD geschehen ist", heißt es in dem Brief an Herrn Birthler. "Die SPD besitzt bei Blinden kein Vertrauen mehr."

Der Blindenverband hatte Birthler an einige Fakten erinnert: "Die Kürzung des Blindengeldes fällt mit den Sparmaßnahmen der Krankenkassen zusammen. Alten blinden Menschen wird der Verbandswechsel oder die tägliche Blutzuckerbestimmung nicht mehr bezahlt. In Cottbus wurden Taxigutscheine mit Verweis auf das Blindengeld abgeschafft. Altersrenten Blinder, die jetzt berechnet werden, liegen zwischen 600 und 800 Mark. Das Blindengeld war bis 1996 also eine feste Größe.

Was antwortet Herr Birthler? Die SPD habe sich die Entscheidung über Einschnitte nicht leicht gemacht... Auch Berlin und Sachsen-Anhalt haben Reduzierungen vorgenommen... (auf den Vorwurf des Blindenverbandes, die SPD sei verantwortlich dafür, daß die Blinden Brandenburgs in ganz Deutschland den schlechtesten behinderungsbedingten Ausgleich erhalten, geht er gar nicht erst ein). Er könne verstehen, daß "Sie als Vertreter einer von den Kürzungen besonders betroffenen Gruppe Kritik ...üben".

Der Blindenverband hat in seinem Brief den Vorschlag gemacht, jederzeit für ein Gespräch mit dem Fraktionsvorstand bereit zu sein. Herr Birthler geht darauf auch nicht ein - für die regierende SPD sind die Blinden ihres Landes abgehakt, erledigt. Die Blinden werden ihre Schlüsse ziehen.

F.B.

Nur ein paar machten sich auf den Weg zur PDS-Radtour am 26. April. Der Zeitpunkt war wohl nicht sehr glücklich - einen Tag später startete die große Cottbuser Frühlings-Radwanderung.

Foto: Hermes

Hast Du wieder von Deiner Rente geträumt?

Karikatur: HÄNSCHEN

Angefragt

Warum soll 32-Std.-Woche "blödsinnig" sein?

Herr Stihl, DIHT-Präsident, erklärte in einem LR-Interview (11.04.) wunderliche, auch widersprüchliche Dinge: Die 32-Stunden-Woche sei ein blödsinniger Vorschlag, Arbeitszeitverkürzung ohne Einkommensverluste verschlechtere massiv die Konkurrenzsituation; für längere Maschinenlaufzeiten (notwendig, weil rentabler) hätte man dann nicht genügend trainiertes Personal. Das Teilen von Arbeit sei kein Weg aus der Beschäftigungskrise. Teilzeitarbeit? Keine Vorbehalte. Aber die Leute wollen ja einen vollen Job und vollen Verdienst...

Ich mit meinen 70 Jahren habe da ein paar Fragen: Wie haben wir es geschafft (die BRD besser als die DDR), die Arbeitszeit von 48 auf 45, dann 40 Stunden, die 6-Tage-Woche auf 5 oder gar nur viereinhalb Tage zu reduzieren, und das bei gleichem oder sogar steigendem Lohn? Liegt das Wesen produktiver Entwicklung nicht darin, mit immer weniger Aufwendungen an lebendiger Arbeit immer mehr zu produzieren? (Beredter Nachweis: Der VW-Konzern hatte 1996 einen Reingewinn von 678 Mio DM, im Vorjahr 336 Mio DM. Ganz abgesehen von den Banken!)

Ist es da nicht mehr als gerecht, daß ALLE Arbeitnehmer als Produzenten in den Arbeitsprozeß eingebunden und leistungsgerecht am Arbeitsergebnis beteiligt werden? Sonst stellen wir eines Tages fest: Die vollautomatisierte Produktion produziert ohne Arbeitnehmer nur für die wenigen Eigentümer. Und wer kauft dann die Produkte auf dem Markt? Die Verteilung der Arbeitsergebnisse wird so künftig zum Hauptproblem für die Existenz der Gesellschaft. Deshalb muß die Beteiligung am Arbeitsprozeß nach Zeit und Leistung neu geregelt werden. Vielleicht sind dazu andere ökonomische Verhältnisse nötig? Das hängt ganz vom Standpunkt ab. Wege zeigen jedenfalls die ersten Vorschläge von IG Metall-Chef Zwickel. Ich würde gern eure Meinung dazu hören.

G. Mahnhardt

Neue, alte Namen im "Südeck"?

Sie sind wieder da, die "Reformer", diesmal mit den preußischen Herren von Schön, vom Stein, von Hardenberg (LR-19.03.97). Kaum sind Straßen von früheren Namen befreit worden, und schon geht das ganze Theater in die nächste Runde. Wieder mal nichts aus der Historie gelernt! Man sollte sich auch im "Südeck" auf "neutrale" Bezeichnungen verständigen wie Frühlingsring, Sommerweg, Herbstallee, Winterstraße.

Die überdauern Generationen (einschließlich einer weiteren "Wende") und können sich auch auf Behördenbriefbögen sehen lassen.

Peter Süßmilch

Cottbuser PDS warb in allen Stadtteilen für ihre Politik der Menschenwürde

Unterschriftensammlung am Stadtring/ Ecke Straße der Jugend

Soziale Kälte erfordert heißen Protest! Unter diesem Motto forderte die Cottbuser PDS im April mit Info-Ständen in allen Stadtteilen (hier in der Sprem) die Einwohner auf, sich zu wehren gegen sozialen Kahlschlag. Die Verteidigung der Menschenrechte schließt auch den Kampf gegen Obdachlosigkeit ein, deren Auswirkungen wenige Meter weiter an der Schloßkirche (Bild unten) täglich sichtbar sind. Fotos: Hermes

Die Tat braucht Wissen, wofür und wohin

BO 34 diskutierte: Ist die PDS eine Partei für die Zukunft Deutschlands?

Die BO 34 hat am 1. April einen Bildungsabend veranstaltet zum Thema: "Die PDS - eine Partei für die Zukunft Deutschlands". Bedauerlich war die geringe Teilnahme aus der BO und der Stadtorganisation - hat doch das Angebot an alle bestanden! Sechs Thesen entfachten eine rege Diskussion.

Die PDS ist eine Partei für die Zukunft Deutschlands, weil sie

1. als einzige von den im Bundestag vertretenen Parteien erkennbar tiefgreifende Lehren aus den gesellschaftlichen Entwicklungen seit der Zerschlagung des Faschismus gezogen hat und auf dieser Basis ein Gesellschaftsbild mit einer höheren Qualität von Demokratie und parlamentarischer Arbeit entwickelt;
2. dem fördernden offenen Streit zu wichtigen Zukunftsfragen nicht ausweicht;
3. bereit ist, unkonventionelle Denkansätze zu diskutieren und in Politikansätze einzubeziehen sowie Alternativen zu entwickeln;
4. gesellschaftliche Entwicklungen theoretisch vorausdenken will und Gesellschaftsanalyse ohne den Zwang zur Machterhaltung betreibt;
5. bereit ist, die Menschen einzubeziehen und sie nicht als politische Manövriermasse betrachtet; bereit ist auch zu Bündnissen;
6. grundlegende Reformen, einen ökologischen und beschäftigungsorientierten Umbau will.

Debattiert wurde: Haben wir die Wahrheit wieder gepachtet? Welche Zukunft hat Deutschland überhaupt? Wollen/müssen wir in diesem Deutschland ankommen? Was muß sich in unserer Partei ändern, damit wir als Partei eine Zukunft haben? Was ist richtig - Opposition oder Tolerieren? Nicht alle Fragen konnten wir erschöpfend ausdiskutieren, aber das war auch nicht unser Anspruch. Doch wir brauchen diese Diskussion über Tagesfragen hinaus. Siegfried Schulz hat im April-Herzblatt geschrieben: "Am Anfang war die Tat". Wir meinen, für die Tat ist eine Verständigung über das Wofür und Wohin dringend geboten. Ich kann nur politisch aktiv sein, wenn ich von der Politik, die ich vertrete und vermittle, überzeugt bin und wenn ich dieser Politik und der Partei eine Zukunft zugestehe, sie einfordere oder erzwinge. Nur, mit dem Erzwingen wird es nicht gehen.

Wir werden weiter solche Angebote zur politischen Diskussion unterbreiten. Als sehr wichtig wurde zum Schluß des Abends genannt: Zukunft ist nur mit der Jugend zu erreichen. Diese Jugend benötigt Bildung. Wer vermittelt interessierten Jugendlichen Grundkenntnisse des Marx`schen Denkens, der Dialektik? Übereinstimmend waren wir der Meinung, in unserer Stadtorganisation haben wir große Kompetenz, die leider oft nur noch schlummert. Wecken wir sie!

E. Rentzsch

Zur Erfurter Erklärung:

Die Verfasser haben recht

Gedanken zu diesem, auch in der LR (nicht vollständig) veröffentlichten Dokument sollten wegen dessen Aktualität auch weiterhin Platz in der Presse finden. In diesem Text wird das ganze Dilemma unseres Landes deutlich, die Unfähigkeit der jetzt Regierenden aufgezeigt. Der gesellschaftliche und soziale Frieden ist längst gestört, befördert durch die Arroganz der Macht gegenüber den Bürgern, die Ungerechtigkeit bei der Verteilung von Reichtum, durch den ständigen Abbau sozialer Errungenschaften.
Es muß sich GRUNDLEGENDES ändern, doch das kann eben kein anderer als wir selbst tun. Selbstzufriedenheit, Lethargie oder Zurückgezogenheit nutzen weder dem Einzelnen noch den Schwachen in diesem Land. Eine außerparlamentarische Bewegung ist ebenso dringend notwendig wie die Schaffung eines breiten Bündnisses hinweg über Gewerkschafts-, Vereins- oder Parteigrenzen.
Die Verfasser haben recht, wenn sie schreiben: "**Bis hierher und nicht weiter - Wir brauchen eine andere Politik, also brauchen wir eine andere Regierung**".

Peter Süßmilch

PDS im Spree-Neiße-Kreis:

Präsent sein in jedem Ort

Am 22. März 1997 fand in Spremberg die erste Aktivtagung des PDS-Kreisverbandes Spree-Neiße nach der Delegiertenkonferenz im November 1996 statt. Auf der Tagesordnung standen die Auswertung des 5. Bundes- und des 5. Landesparteitages, Arbeitsschwerpunkte zur Vorbereitung der Wahlen 1998 sowie entsprechend eines Beschlusses der Kreisdelegiertenkonferenz die Diskussion mit Vertretern der Landtagsfraktion zum Braunkohlengrundlagengesetz.
Hervorgehoben wurde: Linke Mehrheiten entstehen nicht erst in den Wahlkabinen, sondern müssen bereits jetzt durch unsere Politikangebote erarbeitet werden. Fragen wie Arbeit und Lehrstellen, Wohnen und Mietpreise, soziale Leistungen, kommunale Selbstverwaltung sowie bezahlbare Preise für Wasser, Abwasser und Energie müssen wir in den Mittelpunkt stellen.
Wichtig war in diesem Zusammenhang die Analyse der politischen Situation im Kreis. Diethelm Pagel und weitere Vertreter der Kreistagsfraktion informierten über die derzeitigen CDU-geführten Mehrheitsverhältnisse im Kreistag und die von dieser Mehrheit inszenierte Kampagne gegen den ordentlich gewählten Landrat Dieter Friese. Zugleich unterstrichen sie die Bemühungen der PDS-Fraktion, mit anderen politischen Kräften im Kreistag zu einer sachbezogenen Arbeit im Interesse der Bürger zurückzufinden.
Ein besonderer Schwerpunkt wird in den kommenden Monaten die Gewinnung und Vorbereitung von Kandidaten für die Kommunalwahlen im Herbst 1998 sein. Besonders auf den Dörfern muß die PDS Öffentlichkeit herstellen und auf diese Weise Mitglieder und Sympathisanten für die offenen Listen der PDS gewinnen. Unser Wählerpotential ist an vielen Stellen zur Zeit größer als unser Potential an Kandidaten. Aber auch in den Städten gilt es, durch eine gute Kombination von Wieder- und Neukandidaturen die in der bisherigen Arbeit gewonnene Fachkompetenz zu erhalten. Zu diesem Zweck beschloß die Aktivtagung, eine zeitweilige AG Wahlen im Kreis zu bilden.
Am Nachmittag fand mit Vertretern der PDS-Landtagsfraktion die Diskussion zum Braunkohlengrundlagengesetz statt. In der abschließenden Erklärung fordert der Kreisverband Spree-Neiße der PDS die Landtagsfraktion u.a. auf,
den Gesetzentwurf noch vor der Beschlußfassung im Landtag (d.h. bereits im Rahmen der geplanten Anhörungen) einer verfassungsrechtlichen Prüfung zu unterziehen;
über Änderungsanträge die struktur- und arbeitsmarktpolitische Verantwortung von Landesregierung und Bergbauunternehmen im Gesetz zu verankern, wie auch deren Pflichten zum Erhalt und zur Pflege der sorbisch/wendischen Kultur;
die Prüfung der Vermeidbarkeit von bergbaubedingten Umsiedlungen zum Bestandteil des Gesetzes zu machen.

Edeltraud Radochla
Kreisvorsitzende

AG Junge GenossInnen:

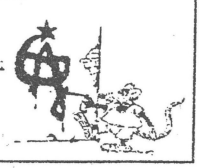
Bundeskongreß

09. bis 11. Mai, Magdeburg

Themen: Wie weiter mit der PDS? Radikal in die Wahl? Arbeitsgruppen zu Schule, Hochschule, Drogen, Arbeitswelt und vielem mehr. Musik und Filmnacht.

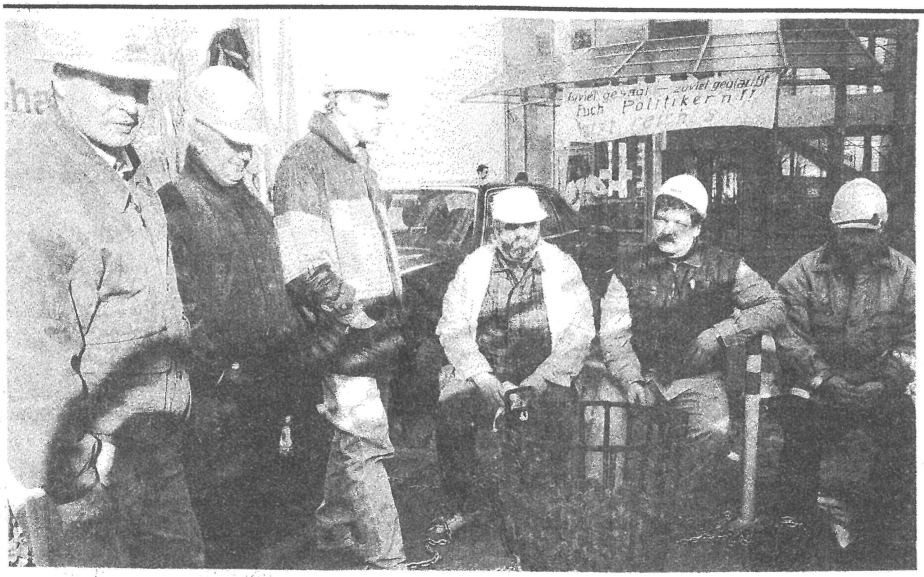
Beitrag: 10,-- DM
20,-- DM Verdienende

Weitere Infos und Anmeldung:
AG "Junge Genossinnen"
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin
☎ 030/24009-419
030/24009-326



Frauenwoche hatte 2000 BesucherInnen

Im Sozialausschuß trug die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt, Frau Sabine Hiekel einen Bericht zum Verlauf der "7. Brandenburgischen Frauenwoche" in Cottbus vor. Darin sagte sie u.a.:
In den 23 Veranstaltungen konnten ca. 2000 TeilnehmerInnen begrüßt werden. (nicht mitgerechnet die Teilnehmenden am Frauen-Film-Festival) Damit wurde erstmalig ein Rekord erreicht.
Zum Mädchenaktionstag konnten mindestens 200 Mädchen und Jungen begrüßt werden. Zu verdanken ist dieser Erfolg jedoch der Diskussionsrunde mit Darstellerinnen der Serie "Gute Zeiten, schlechte Zeiten".
An der Ausstellung "Frauen und Sucht" nahmen während des Ausstellungszeitraumes vom 07. - 20.03.97 614 Personen teil. Besonderes Interesse zeigten Jugendgruppen der gymnasialen Oberstufe bzw. vom OSZ I. Hier gaben sich die Gruppen die Türklinke in die Hand. Als besonders gut wurde dabei geäußert, daß sich der Besuch der Ausstellung nicht allein auf ein bloßes Ansehen erstreckte, sondern daß Video-Filme zu den unterschiedlichsten Themen (Einführung "Frauen und Sucht", "Eßstörungen", "Sexueller Mißbrauch", "Medikamentenabhängigkeit", "Jugendalkoholismus") und Gesprächsrunden angeboten wurden.
Durchweg positiv waren die Eintragungen in das Gästebuch der Ausstellung. Auch sie gaben Hinweise, daß Handlungsbedarf zu weiblichen Süchten besteht. So wurde z.B. geäußert: "Es müßte mehrere solcher Ausstellungen geben, um zu sehen, daß man nicht allein ist in dieser intoleranten Gesellschaft.". "Man kann leicht sagen: Hör auf! - Aber ist man selber betroffen, sind diese Worte die Hölle.", "Ich bräuchte selber Hilfe." oder auch "Selbst für dieses Anliegen sind die Räume zu eng. Sind Frauen zufrieden mit dem, was ihnen überlassen wird, oder haben sie trotzdem die Sicht, zu erkennen, daß ihr Platz weiter erkämpft werden muß?
Insgesamt ist die Frauenwoche sehr erfolgreich verlaufen und hat sich mittlerweile zum frauenpolitischen Höhepunkt entwickelt. Hervorzuheben ist abschließend noch einmal die große Unterstützung von zahlreichen Sponsoren. Insgesamt gingen 7000 DM von Cottbuser Firmen und Einzelpersonen ein. Dies war mehr als erwartet.



Gegen weitere Streichungen bei der Bergbau-Sanierung protestierten Kumpel vor dem Büro des Cottbuser CDU-Bundestagsabgeordneten Wonneberger (Haus der Wirtschaft). "Jetzt reicht's!" meinten sie. Foto: Hermes

Mit Energie in die Energiewende?

Gemeinsam hatten die AG Energiepolitik und die AG Umweltpolitik der Brandenburger PDS für den 5. April 1997 zu einem Energiepolitischen Tag in den Potsdamer Landtag eingeladen. Er sollte der Vorbereitung der theoretischen Konferenz "Was heißt ökologischer Umbau aus der Sicht der PDS" dienen. Ohne eine Energiewende, was das bestimmende Thema dieses Tages war, ist ein ökologischer Umbau ja schlicht unmöglich. Die spannende Frage ist dabei wie so oft: Wie lassen sich solche visionären, innovativen Vorstellungen in dieser politisch-verklemmten, sich gegenüber kreativen Neuansätzen als geschlossene Gesellschaft gebärdenden Bundesrepublik Deutschland durchsetzen?

Herr Oettel von der Fördergesellschaft Erneuerbare Energien konnte zwar in seinem Vortrag eine Reihe von positiven Beispielen für die Nutzung erneuerbarer Energien in Brandenburg nennen, Gleichzeitig kam er nicht umhin, Landes- und Bundesregierung scharf zu kritisieren, weil ihre Politik insgesamt gesehen bisher völlig unzureichend auf die Herausforderung "Energiewende" reagiert. Da wagt es der SPD-Wirtschaftsminister des Landes, das auf diesem Gebiet erfolgreichste (!) Förderprogramm nicht mehr neu aufzulegen, und der Etat des Bundesforschungsministeriums wird seit Jahren gekürzt, was für die Zukunft verhängnisvoll sei. Die Aufwendungen der Bundesrepublik für den jüngsten, aus sachlichen Gründen gar nicht notwendigen Castor-Transport übersteigen übrigens bei weitem die Mittel, die man bereit ist, für die Erforschung der Sonnenenergie auszugeben. So schizophren kann Politik sein!

Als Verfahren zur umweltschonenden Energieerzeugung nannte Herr Oettel u.a. die Holzhackschnitzeltechnik, die energetische Nutzung von Biomasse, selbst Deponiegase können in Energie umgewandelt werden. Bei allen erneuerbaren Energien, so der Redner, gäbe es Forschungsbedarf. Was bei der Solarenergie z.B. fehle, sind billige Zellen für die Massenproduktion.

Bei der Eröffnung der 17. Volksuni 1996 führte der Vorsitzende von Euro-Solar, Herrmann Scheer (MdB-SPD) aus: "Die industrielle Revolution war eine fossile Revolution". Jetzt, da ihr Ende erreicht sei, nannte er als Alternative die Besinnung auf die Natur. Für H. Scheer heißt das: die Nutzung der unendlichen Ressource Solarenergie! In Potsdam war nun Dr. Schulte-Tigges von der Euro-Solar Regionalgruppe Berlin/Brandenburg, um darüber zu sprechen. Leider hat es Dr. Schulte-Tigges nur z.T. geschafft, die an seinen Beitrag geknüpften Erwartungen zu erfüllen. Statt einer fundierten Lektion über die Anwendung von Solarenergie erhielten wir mehr eine Lektion über die Verwerflichkeit, weiter Kohle abzubauen; Stichwort Horno. So mein Eindruck. Schade!

Nach Angaben des Ifo-Instituts würden mit einer Energiewende im Lande 17.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Worauf warten wir dann noch?

René Lindenau

Kommunen stärken

Ich hatte Gelegenheit, mit rd. 400 weiteren Teilnehmern bei der ersten "Kommunalpolitischen Konferenz" der Bundestagsgruppe der PDS in Leipzig dabei zu sein. Dietmar Bartsch bezeichnete die Kommunalpolitik zutreffend als "Prunkstück" der PDS. In den Ausführungen von Lothar Bisky und Uwe-Jens Rössel wurde deutlich, daß die Kommunen in zunehmendem Maße wegen einengender Finanznöte ihre Aufgaben im sozialen und soziokulturellen Bereich kaum noch erfüllen können. Auch die kommunalen Investitionen entwickeln sich rückläufig. Es ist angezeigt, sich gegen die "von oben" zugedachte Rolle des bloßen "Verwaltens des Mangels" zu widersetzen. In den Diskussionen im Forum und in den Arbeitskreisen wurde zu Recht darauf hingewiesen, daß das Gespenst der Haushaltssicherungskonzepte dazu beiträgt, Einschnitte in die einzelnen Aufgabenfelder ohne gründliche Sachdebatte vorzunehmen. Das bedeutet praktischen Verlust an Demokratie.

Für mich war besonders interessant und lehrreich, wie vor allem Bürgermeister mit PDS-Mandat mit dem Spagat klarkommen, der zwischen dem Anspruch besteht, linke Kommunalpolitik gestalten zu wollen und gleichzeitig die rechtlichen und finanziellen Schranken für die Städte und Gemeinden in Rechnung stellen zu müssen. Die Debatte zeigte: Vieles geht besser, als mancher vermuten könnte, z.B. beim Durchsetzen von jugend- und umweltfreundlichen Projekten in Berlin Hohenschönhausen. Auch für den zielgerichteten Einsatz der spärlich vorhandenen Finanzen in arbeitsmarkt- und sozialfördernden Bereichen sind Erfolge möglich. Gegenüber dem Senat von Berlin wartete die PDS-Fraktion dazu mit einem alternativen Haushaltsplan auf, der in wichtigen Teilen akzeptiert werden mußte. Ein PDS-Stadtrat aus Mecklenburg/Vorpommern schilderte plastisch, wie die PDS-Fraktion als stärkste Kraft im Stadtrat sich erfolgreich um die Förderung des Kinder- und Jugendsports bemühte.

Ich habe von der zweitägigen Veranstaltung die Gewißheit mitgenommen, es lohnt sich im Interesse der Bürger, linke Kommunalpolitik zu entwickeln und durchzukämpfen. Das Konferenzmotto "Kommunen stärken - Gesellschaft von unten ändern" beschreibt den "strategischen" Ansatz der PDS-Kommunalpolitik.

Siegfried Dilk

Neue Aspekte der sozialen Frage

...diskutierte am 10. März 1997 die AG politische Bildung mit Genossen Professor Dr. Rolf Gutermuth. Die soziale Frage - das stand gleich am Anfang - ist nicht auf eine Verteilungsfrage reduzierbar, sondern umfaßt die Gesamtheit der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit. Dabei hat sich die soziale Frage ausgeweitet, weil das Lohnverhältnis zum grundlegenden Gesellschaftsverhältnis wurde. Zugleich ist die sozialistische Alternative diskreditiert; unter den Lohnabhängigen nimmt die Differenzierung zu. Insbesondere die Zahl der Dienstleister und Hochqualifizierten steigt an. Zudem unterscheiden sich Arbeitsplätze heutzutage stark in normale, tarifgebundene und prekäre Arbeitsverhältnisse, die sog. `bad jobs`in den USA, arbeitende Armut. Durch finanzielle Mitverantwortung, geistige Spielräume für Intellektuelle und andere Formen moderner Personalführung werden außerdem neue Differenzierungen herbeigeführt.

Die vielzitierte Globalisierung erfaßt die Welt nur ungleichmäßig; weiterhin bestehen auch regionale und strukturell eigene Wirtschaftskreisläufe. Da die Lohnkosten in der BRD (bei großen Unterschieden im Einzelfall) durchschnittlich nur 22% der Produktkosten betragen, ist ihr Einfluß auf den Preis des Endprodukts entschieden geringer als behauptet. Der "Standort Deutschland" wird demgemäß weniger durch die Lohnkosten gefährdet, als durch die Exportpolitik der BRD, die zum Kursanstieg der D-Mark, damit zur Produktverteuerung, und auch zur Verschuldung der Käuferländer mit nachfolgenden Zahlungsschwierigkeiten führt. Die Internationalisierung von Wirtschaft und kulturellem Austausch ist an sich progressiv und gesetzmäßig. Sie ermöglicht aber auch parasitäres Ausnutzen ökonomischer Differenzen. Hier wären von einer starken internationalen Linken sozialverträgliche Lösungen einzufordern.

Der bürgerliche Sozialstaat nach 1945 war eine Antwort auf die sozialistische Herausforderung. Seine Demontage begann bereits ungefähr ab 1982. Durch Hochtechnisierung fehlt es zunehmend an solcher Arbeit, die im Kapitalismus Gewinn verspricht. Gleichzeitig werden die öffentlichen Kassen zugunsten weltweit operierender Konzerne eingesetzt und die staatliche Sozialpolitik mit ihren Versicherungssystemen zurückgefahren.

Auswege aus der Massenarbeitslosigkeit im Rahmen des gegenwärtig Möglichen könnten sein:

- Überstundenabbau
- Arbeit statt Arbeitslosigkeit bezahlen
- ein öffentlicher Beschäftigungssektor, der durch Besteuerung von Finanztransfers und Spekulationsgewinnen zu finanzieren ist
- Teilzeitarbeit nur unter Wahrung der Interessen der Beschäftigten
- Ausländer nach hiesigem Tarif bezahlen

Wieviel wir davon durchsetzen können, hängt vom öffentlichen Einfluß der Linken in unserer Zeit ab. Uns dafür mit Argumenten zu versehen - das war das Anliegen unserer Zusammenkunft.

Dr.med.Dietrich Loeff

AKM: Buch zum Stalinismus

Auf Initiative der Osnabrücker Theoriezeitschrift HINTERGRUND entstand 1994 ein Arbeitskreis kritischer Marxistinnen und Marxisten (AKM), der sich u.a. mit der Kritik des Stalinismus, mit Theoriebeiträgen von bis 1989 hier tabuisierten Marxisten (Gramsci, Trotzki usw.) sowie der Aktualisierung der marxistischen Kapitalismusanalyse befaßt. Erstmals wurde ein Buch herausgebracht. Sein Thema: Stalinismusdiskussion. Verschiedene Autoren äußern sich zu Themen wie "Stalinismus - Ideologie, Gesellschaftskonzept oder was?", "Erich Honeckers Geschichtsbild" oder "Idealismus und Stalinis-mus. Anmerkungen zum Papier `Marxismus und Opportunismus` von S. Wagenknecht". (29,80 DM; Trafo-Verlag Dr. Wolfgang Weist, PF 244, 10123 Berlin.) Greift zu, bereichert euch um dieses Wissen!

R. Lindenau

Wieviel Parteien?

"Wieviel Parteien braucht Rußland?" Der Ostberliner Prof. Ernst Laboor stellt sie in diesem Buch vor, benennt ihre Probleme, verweist auf oft übereinstimmende Programmatik und fehlende Strukturen. (FIDES Verlag, 38,80 DM).

Zeuge Luther für linke Zuversicht

Prof. Dr. Harry Nick diskutierte im "Brandenburger Hof"

Für einige der einhundert Zuhörer beim Seniorentreff im "Brandenburger Hof" war es ein Wiedersehen mit einem Lektor früherer propagandistischer Großveranstaltungen der Bezirksparteischule, eine Wiederbegegnung mit einem politischen Denker, der zu DDR-Zeiten (mit gebotener Vorsicht) auch mal einen Vorschlag sozialistischer Politik erörterte, der nicht aktuellem ZK-Beschluß folgte: Prof. Dr. Harry Nick. Der Professor mischt sich im Gegensatz zu manchem zurückgezogenen Gesellschaftswissenschaftler per ND und öffentlichem Streitgespräch im Verein für politische Bildung "Rosa Luxemburg" ein in die Debatte um Ziel und Weg linker Bewegungen.

Nick packte sofort eine Kernfrage seines Themas vom Praktischen her an: "Was vermag linke Wirtschafts- und Sozialpolitik heute?" und erklärte: Nur mit unüberseh- und unüberhörbaren Aktionen können linke Kräfte Wirkung erreichen, und er stützte das mit dem Beispiel: Wenn 50 Leute in Berlin bei einer vorbereiteten Protestdemonstration vor das Treuhandgebäude ziehen - wen beeindruckt das? (Cottbuser Beispiele hatte der Redner nicht parat, aber wir kennen sie). Und es war kein Gegenstück zu dieser These, wenn er anschließend formulierte: Linke Politik darf sich nicht binden an die Sicherheit von Erfolg. Was heißt: Niederlagen, Pessimismus dürfen den Fluß oppositioneller Bewegung nicht stauen oder stoppen.

Harry Nick, der seinen Marx bestens kennt, machte von dessen Erkenntnissen ebenso kritischen Gebrauch wie von neueren Theoretikern. Und er stellte sich auch auf Luthers Seite, wenn er den dem Reformator zugeschriebenen Spruch nicht nur für Kleinmütige zitierte: "Wenn ich wüßte, daß morgen die Welt untergeht, würde ich heute noch ein Apfelbäumchen pflanzen". Der Redner knüpfte daran eine Fülle von Überlegungen, die auch die PDS im Ringen um die Lösung wichtigster Gegenwartsaufgaben wie die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit auf jene Fragen lenken, die heute im Interesse des Überlebens der nächsten und übernächsten Generation anzupacken sind für eine wahrhaft sozialistische Partei, die an die Zukunft denkt: Was hält linke Politik der immer rascheren Ausbeutung der Naturressourcen und der Belastung der Umwelt entgegen? Nicht die Arbeit werde immer weniger, sondern die nicht wieder herstellbare Umwelt. Diese zu erhalten hebe es künftig immer mehr Arbeit - das müsse man mit Überzeugung jenen vorhalten, die über die Medien die Arbeitslosigkeit als naturgegebene Folge technischer Entwicklung darstellen.

Der Berliner Wissenschaftler, der viele Fragen zu beantworten hatte, meinte: "Ein Arbeitsloser kostet den Staat, exakter den Steuerzahler, im Jahr 39.000 Mark, sagt die Statistik. Zwingen wir diesen Staat mit immer wirkungsvolleren Aktionen, diese Summe für sinnvolle, bezahlte Arbeit einzusetzen."

hhk

Pfingsten mit der PDS Brandenburg

in der Europäischen Jugenderholungs- und Begegnungsstätte Werbellinsee 16. - 19. Mai 97

Name, Vorname .....

Telefon.....

Anschrift.....

.....

Personenzahl gesamt ☐

Leistungen:
pro Person 124,00 DM im Bettenhaus incl. VP
pro Person 85,00 DM im Sommerhaus incl.VP
Kinder unter 3 Jahren frei !!!

davon Kinder bis 3J. ☐ Kinder 3-14 J. ☐ Erwachsene ☐

Unterkunftswunsch Bettenhaus ☐ Sommerhaus ☐

Kommt mit zum Werbellinsee!

Liebe Herzblatt-Leser bereits zum fünften Mal bietet die PDS linksorientierten Menschen die Möglichkeit, Pfingsten mit der PDS zu verbringen. Vom 16. bis 19. Mai können Sie erholsame und anregende Tage in der "Europäischen Jugenderholungs- und Begegnungsstätte Werbellinsee" in Altenhof erleben und sich Ihren Tagesablauf selbst gestalten.

Es wird Busfahrten zum Oder-Havel-Kanal, verbunden mit einer Schiffspassage des Hebewerkes Niederfinow und Kremserfahrten durch die Schorfheide unter sachkundiger Begleitung geben. Ein Sportfest mit Fußball- und Volleyballturnier, unter Teilnahme ehemaliger Spitzensportler der DDR, ein Skatturnier, Buchlesungen mit Gerhard Zwerenz, Jörg Reinhard, Randolf Scherzer und Herrmann Kant, ein Satire-Marathon mit Jochen Petersdorf, Edgar Kühlow, Günter Herlt und Peter Reusse, Gesprächsrunden mit PDS-PolitikerInnen wie Christa Luft, Petra Bläss, Maritta Böttcher, Steffen Tippach und anderen garantieren abwechslungsreiche Tage in der Schorfheide. Abends: Tanzveranstaltungen und Jugenddiskos.

Die Kinder werden mit einem ganztägigen Kinderprogramm betreut. An der Badestelle, in der Indianerburg mit eigenem Kinderfest, beim Reiten, im Computerkabinett oder im Freizeittreff werden sie sich die Tage selbst gestalten können.

Die Zeit drängt, die Plätze werden knapp! Anmeldungen werden zur Zeit noch in der PDS-Landesgeschäftsstelle Allee-Straße 3, 14482 Potsdam, Tel. 0331/22449 o. 22028 entgegengenommen.

Lothar Hoffmann
Regionalgeschäftsführer

AG Polittourismus plant für die Sommerferien:

Radtour der Freundschaft

Die "Friedensfahrt"! Wer kommt da nicht ins Schwärmen? Das Sportereignis, das ebenso wie der Fußball Hunderttausende ehemalige DDR-Bürger in Atem gehalten hat. Für Frieden und Freundschaft der Völker wollte man die Kräfte messen. Was zählt heute im Sport?

Die Idee aber lebt weiter. Ihr nachzueifern, hat sich auch die AG Polittourismus des Stadtverbandes der PDS Cottbus als Aufgabe gestellt. Eine Arbeitsgemeinschaft, die nicht nur auf touristischem Gebiet so manches Mitglied der PDS in Atem hält. In diesem Monat wurde zum Beispiel mit der Durchführung des 5. POLITCAMPS, über das wir im nächsten Herzblatt berichten, ebenfalls ein kleines Jubiläum begangen.

Unser Vorhaben für die Sommerferien: Eine "Tour der Freundschaft" mit Beteiligung polnischer, deutscher und tschechischer Jugendlicher. Start soll am 19.07.97 in Gubin (P) sein. Als Radwanderung geplant, sollen die einzelnen Etappen über Cottbus, Hoyerswerda, Dresden, Bautzen bis Hradek nad Nisou führen. Auch ein Ruhetag ist im "Haus der Begegnung" in Dresden vorgesehen.

Auf tschechischer Seite hat die linke Zeitung "Halo Noviny" gemeinsam mit der KSCM des Kreisverbandes Jicin die Verantwortlichkeit für einen würdigen Abschluß der Fahrt übernommen. Also, wer sich dafür interessiert, sollte sich bei der AG Polittourismus beim Stadtverband der PDS (jeden Donnerstag von 16.00 - 18.00 Uhr) in der Breitscheidstr. 11 melden. Auch ältere Bürger, die nur eine Etappe bestreiten wollen, sind herzlich willkommen.

Gesucht werden noch Begleitpersonen zur Sicherstellung der Fahrt. Wer also freie Tage hat, bitte helft uns. Wie formulierte unser stellvertretender Vorsitzender der PDS Cottbus frei nach Goethe im Herzblatt April ...

"Am Anfang war die Tat"

AG Polittourismus
H.-P. Schömmel

Ferienlager auf "Burg Rabstejn"

Die "Gesellschaft zur Förderung außerschulischer Projekte e.V." führt vom 29.06. bis 11.07.97 für Kinder aus Cottbus und Umgebung in Rabstejn (nördlich von Pilsen) ein Ferienlager durch. Die Kinder wohnen im Burghotel in vier-Bettzimmern. Eine Tagesfahrt mit Bussen nach Karlovy Vary sowie zwei Halbtagesfahrten in die nähere Umgebung stehen auf dem Programm. Zum Baden lädt ein über Wanderwege zu erreichender Badesee ein; zum Kulturprogamm gehören auch Lagerfestspiele, eine Dampferfahrt, Diskos, ein Lagerfeuer mit Knüppelkuchen und Wurst am Spieß sowie das Basteln von Lampions und Booten. Der Preis inklusive An-/Abreise sowie aller genannten Leistungen beträgt 370,- DM. An- und Abreise erfolgt mit Reisebus ab und nach Cottbus. Weitere Informationen sowie Anmeldungen bitte an: GeFaP e.V. Delitzscher Str. 130 in 04129 Leipzig,
Telefon/Fax: 0341-9115293.

Neues bei Gasanlagen

OWUS-Tips für Camper

Die Fa. Richter aus Forst informierte uns in einem ausführlichen Brief über Neuregelungen beim Betreiben von Gasanlagen für Campingfreunde. Dietrich Richter ist eines der Gründungsmitglieder der "Offenen Wirtschaftsvereinigung von Unternehmern und Selbständigen" in der Lausitz, ein der PDS nahestehender Zusammenschluß von Geschäftsleuten. Er ist Mitglied des Parteirates der PDS-Brandenburg und somit aufs engste mit der politischen Arbeit unserer Partei verbunden.

Sein Rat: Wer beruhigt in die neue Saison starten möchte oder eine neue TÜV-Plakette für seinen Caravan benötigt, sollte sich ausführlich darüber informieren. Unter der Tel.Nr. 03562 - 2753 ist Herr Richter gern bereit, weitere Auskünfte zu erteilen. Sein Brief wurde durch die Redaktion des Herzblattes an das Informationszentrum weitergereicht.

OWUS-Regionalbereich
"Lausitz"

Ich hab`s, Chef. Die LR-Redaktion verlost wöchentlich 3 Fußball-Freikarten für die Arbeitslosen zur Erhöhung ihres Kampfgeistes! Karikatur: HÄNSCHEN

„Knallt den VfB weg, Jungs!“

RUNDSCHAU-Forum mit Toralf Konetzke und Detlef Irrgang war Volltreffer

Überschrift in der LR - ein beredtes Zeichen, daß das geistige Niveau einer Zeitung immer noch weiter sinken kann.

Aus dem Sprüchebeutel

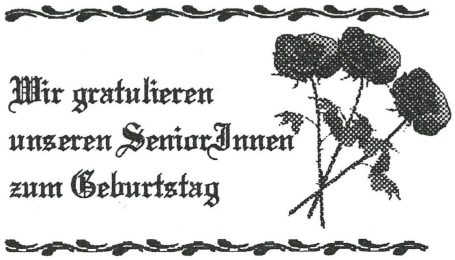
Stimme aus dem Jenseits
Der F.D.P.-Abgeordnete Dieter Thomae erklärte, mit dem Gesetz zur Gesundheits-"reform" verabschiede sich die Bundesrepublik endgültig von der Planwirtschaft. R.L.

Letztes Aufgebot
Für die Rentner muß es doch eine Ehre sein, mit der Besteuerung ihrer Renten das deutsche Vaterland zu retten. G.Ma.

Werbespot
Werden Sie Staatsbeamter! Keinerlei Fachkenntnisse erforderlich.

Schwere Last
"Ist der Dicke nicht zu schwer?" fragt bei einer Demo einer den Kumpel, der eine Kohl-Puppe über der Schulter hängen hat. Antwort: "Doch doch. Aber nicht nur, weil er wieder zuviel Saumagen verspeist hat."

Selbstgerecht
Wenn Haß zu feige ist, als solcher aufzutreten, hüllt er sich in den Mantel der Gerechtigkeit. W.D.



Allen, die zwischen dem 16.05.1997 und dem 15.06.1997 Geburtstag feiern, herzlichen Glückwunsch:

Zum 90. Geburtstag: Richard Heintke,
zum 89. Otto Albat, Alfred Neumann,
zum 85. Erich Matschke, Hermann Napp,
zum 84. Marianne Ferdinand, Rudolf Peyer,
zum 83. Frieda Schneider,
zum 75. Günter Paulitz, Edwin Vetter,
zum 70. Reinhard Bittner,
zum 65. Horst Behring, Heinz Nagel, Gunther Perske,
zum 60. Gertraute Krönert

Herausgeber: Stadtvorstand der PDS Cottbus, V.i.S.d.P.: Siegfried Schulz
Breitscheidstraße 11, Büro des PDS-Stadtvorstandes, 03046 Cottbus

Ankreuzen und hin !

Termine bis 15. Juni

Stadtvorstandssitzungen
21.05., 04.06. jeweils 17.30 Uhr

Info-Stand
22.05., 16.00 Uhr Neu-Schmellwitz

AG Senioren
jeweils 1. Donnerstag, 09.00 Uhr

AG Junge GenossenInnen
jeden Mittwoch 18.30 Uhr;

AG Politische Bildung
jeden 2. Montag im Monat 18.00 Uhr;

AG Polittourismus sowie
Diskussionsrunden zu aktuellen Fragen jeden Donnerstag, 15.00 Uhr.

Seniorenstammtisch
28.05., 14.30 Uhr Brandenburger Hof
Gast: Peter Sodann, Intendant "Neues Theater" in Halle

Redaktion Herzblatt
13.05.; 10.06.; 14.30 Uhr

Politfrühschoppen
11.05., 11.00 Uhr Tanzschule Fritsche
Gast: Dr. Herbert Schirmer, Direktor Burg Beeskow
25.05. -Thema wird noch bekanntgegeben

OWUS-Stammtisch
29.05., 19.00 Uhr Brandenburger Hof.

"Fahrt ins Grüne" 07.06.97
Basistreffen der PDS und der KSCM
Anmeldungen: bis zum 01.06.97
AG Polittourismus Tel. 86 10 17

Frauenzentrum Lila Villa:
"Brauchen Frauen Macht?"
21.05., 19.00 Uhr, 2 DM
"Typisch Frau!?"
29.05., 19.30 Uhr, 2 DM
Kinderfest 30.05., 15.00 Uhr.

Tief bewegt haben wir vom Ableben unseres Genossen

Fritz Thoran

erfahren. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Die GenossInnen der BO 45

Redaktionsschluß :
Für die nächste Ausgabe 20.05.97

Nächste Ausgabe
- blatt lesen